

NO PEGIDA!

NO BRAGIDA!

**Informationsbroschüre gegen die
rassistische PEGIDA-Bewegung
Schwerpunkt Braunschweig**

Editorial

Ob HOGESA, PEGIDA oder sogenannte „besorgte Bürger“ - rechte und rassistische Mobilisierungen fernab vom klassischen Nazispektrum sind spätestens seit Herbst 2014 im Aufwind. Mittlerweile vergeht kein Tag, ohne dass Geflüchtete angegriffen werden oder eine geplante oder sich bereits in Nutzung befindliche Flüchtlingsunterkunft in Flammen aufgeht. Die Brandstifter fühlen sich durch die rassistischen Aufmärsche, die teilweise bis in die Zehntausende gehen, in ihrem Tun bestätigt. Die Parallelen zu den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen '92 und Hoyerswerda '91 sind offensichtlich.

Die vorliegende Broschüre beleuchtet das Phänomen PEGIDA und insbesondere den braunschweiger Ableger BRAGIDA. Kurzportraits der bisher von BRAGIDA geladenen Redner und Rednerinnen zeigen auf, dass es sich bei PEGIDA&Co. mitnichten um harmlose „Bürgerbewegungen“ handelt. Schließlich werden Strategien aufgezeigt, wie man reaktionäre Aufmärsche verhindern kann.

November 2015



ANTIFASCHISTISCHES PLENUM



OFFENES ANTIFA TREFFEN

V.i.S.d.P.: A. Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

Inhaltsverzeichnis

Seite

Zur Entstehung von PEGIDA	3
BRAGIDA und die organisierten Nazis	12
BRAGIDA und ihre Gastredner	15
Islamfeindlichkeit als Bindeglied	19
Proteste gegen BRAGIDA	21
Die Antifa	22
Blockaden - Der Weg zum Erfolg	24
Offenes Antifa Treffen	26
Solidarität ist eine Waffe!	27

Zur Entstehung von PEGIDA und wieso man kein Nazi sein muss, um ein rassistisches Arschloch zu sein

Mit dem Aufkommen der selbsternannten „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) ist in der bundesdeutschen Öffentlichkeit sichtbar geworden, was in anderen Teilen Europas schon längst an der politischen Tagesordnung ist: eine aggressive rassistische und nationalistische Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung. Während sich die Zustimmung hierzu in guten Wahlergebnissen entsprechender Parteien in Europa (1) zeigt, blieben derartige Erfolge für ähnliche Parteien in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) weitgehend aus. Erst das Aufkommen der Alternative für Deutschland (AfD), dann die sogenannten Hooligans gegen Salafisten (HOGESA) und kurze Zeit später PEGIDA offenbarten das auch hier seit langem vorhandene Potential für menschenverachtende Positionen. Die rassistische Anschlagswelle, die seit einigen Monaten quer durch die BRD geht, offenbart das mörderische Potential, dass von den Trägern rassistischer Ideologie ausgeht.

Zur Gegenwart gehört die
Vergangenheit und Fische brauchen
Wasser zum Schwimmen

Diese Entwicklung ist nicht neu oder kam überraschend. Spätestens mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der BRD nach dem Faschismus mussten Migrationsbewegungen für den Staat kontrollierbar und ggfs. nutzbar gemacht werden. Dies äußerte sich in der massiven Anwerbewelle sogenannter „Gastarbeiter“ in den 1960er Jahren, um den Boom der deutschen Wirtschaft am Laufen zu halten. Die Flüchtlingspolitik der BRD bzw. Europas war von dem Ziel bestimmt, dass hier maximal jene reingelassen werden, die für die wirtschaftlichen Erfordernisse des Standorts Deutschland bzw. Europa nützlich sind. Mit der „Wiedervereinigung“ 1990 und einem Überangebot von un- bzw. niedrig-qualifizierten Arbeitskräften ging eine massive Hetze von Medien und Politikern unter dem Slogan „Das Boot ist voll“ durch das Land. Damit einhergehend kam es zu einer Welle von rassistischen Pogromen, Brandanschlägen gegen Flüchtlingsunterkünfte und Morden von Nazis und „besorgten Anwohnern“. Orte



wie Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln, und andere wurden zu Synonymen für die erstarrenden rassistischen Einstellungen in der BRD. Unter dem Vorwand, dem „Druck der Straße“

nachgeben zu müssen, der erst durch Medien und Parteien in dieser Qualität existieren konnte, wurde das im Grundgesetz Artikel 16a verankerte Grundrecht auf Asyl ausgehöhlt. Es ist im Prinzip wirkungslos, da es für Flüchtlinge, die es in die BRD geschafft haben, kaum noch anwendbar ist (2).

Mit den Anschlägen des 11.09.2001 auf das World Trade Center in New York und dem darauf folgend ausgerufenen „War on Terror“ erfuhren sowohl die rassistische Stimmungsmache, als auch die Rufe nach Krieg und Law-and-Order, vor allem gegen Muslime, wieder Auftrieb. Die Geheimdienste und ihre Befugnisse in den westlichen Metropolen wurden und werden mit Geldmitteln und Befugnissen im Übermaß gefördert. Hieran änderte in der BRD weder die offensichtliche Zusammenarbeit zwischen Teilen des Verfassungsschutzes und anderer Repressionsorgane mit der faschistischen Mördergruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) noch die Übermittlung von Daten an die US-Geheimdienste etwas.

Grundrechte werden abgebaut und Telekommunikationsüberwachung, Kameraüberwachung oder auch Überwachung von Anwält*innen ausgeweitet. Im Mai 2015 berichtete die tageszeitung (taz), dass das Bundeskriminalamt (BKA) Listen über Demonstrationsteilnehmer*innen erstellt hat. Diese umfassten sowohl politische Einschätzungen über die Personen als auch über den privaten Bereich. Hierbei war es für die Schnüffler irrelevant, ob die betroffene Person irgendwann strafrechtlich in Erscheinung getreten ist. Dies ist die Antwort eines bürgerlichen Staates mit einer demokratischen Lackierung, der auf Problemlagen nur mit Verboten, Gesetzesverschärfungen, Ausgrenzung



und Kriminalisierung reagiert. Das lässt eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Problemen anderer Menschen nicht zu und zerstört jede Empathie für das Leid anderer. Zahlreiche Studien, bspw. die der SPD nahen Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2014, konnten zunehmende und sich verfestigende „fremdenfeindliche“ Einstellungen in der Bevölkerung bis weit in die Mitte der Gesellschaft aufzeigen. Nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um die rassistischen „Thesen“ von SPD-Mitglied Thilo Sarrazin offenbarten bereits große Zustimmung zu rassistischer Hetze.

Bereits in den Monaten vor dem ersten Auftritt von PEGIDA oder HOGESA nahmen rassistische Demonstrationen gegen Flüchtlingsunterkünfte zu. Meistens von Nazis unter dem Deckmantel einer „Bürgerinitiative“ organisiert, schafften sie es, ein Publikum weit über ihr eigenes Spektrum hinaus für diese Demos zu begeistern. Sei es nun in Schneeberg (Sachsen) oder Berlin-Hellersdorf. Für das Jahr 2014 musste Pro Asyl über 129 Angriffe auf Flüchtlinge oder deren Unterkünfte registrieren. Im ersten Halbjahr 2015 kam es bereits zu mehrere Dutzend derartiger Übergriffe - darunter

17 Brandanschläge in der ganzen BRD und Schüsse auf eine Flüchtlingsunterkunft bei Leipzig im Juli 2015. Auch gegen Unterstützer*innen gehen die Rassisten mit Anschlägen vor. So wurde im Juli in Freital das Auto eines lokalen Stadtratmitglieds der Partei Die Linke gesprengt und im August eine Scheune eines gegen Nazis engagierten Ehepaares in Jamel durch einen Brandanschlag zerstört. PEGIDA ist also nicht Erfinder sondern Ergebnis einer Entwicklung, die sich seit Jahren abzeichnet. Es muss festgestellt werden, dass sich mit dem Aufkommen dieser Bewegung wieder mehr Menschen (3) eben gerade über die Nazis hinaus motiviert und bestätigt fühlen, ihre rassistische Hetze nicht mehr für sich zu behalten, sondern offensiv zu vertreten und ggfs. mit Terror Nachdruck zu verleihen.

In dieser Situation von rassistischen Aufmärschen, Brandanschlägen und Übergriffen werden nun wieder von CDU bis hin zu den Grünen Vorschläge präsentiert, wie hier weniger Flüchtlinge aufgenommen und bereits hier lebende so schnell wie möglich abgeschoben werden können. Alle anderen, die hier bleiben können, werden durch Arbeitsverbote und ständige Gängelung durch die Behörden zermürbt - solange sie nicht zu den „nützlichen“, also von der Wirtschaft benötigten Fachkräften gehören. Das ist Wasser auf die Mühlen rassistischer Gewalttäter und ihrer Sympathisanten, die sich nun bestätigt sehen, auf „die da oben“ genug Druck aufgebaut zu haben.

Wer demonstriert denn da?

Wenn man sich die Nachrichtenbilder der zahlreichen PEGIDA&Co.-Demos ansieht, kommt man nicht umhin zu erkennen, dass es sich überwiegend um das weiße, deutsche, männliche Klein-

bürgertum (4) handelt. Menschen, die Angst davor haben, ihre soziale Stellung innerhalb der Gesellschaft zu verlieren. Geäußert werden diese Ängste aber nicht in einer nach vorne weisenden Kritik am Bestehenden, sondern in einer „Rückbesinnung“ auf vermeintlich deutsche Traditionen oder christliche Werte und Normen, denen sich alle anzupassen hätten. Was genau sie darunter verstehen, lassen sie weitestgehend offen. Aus den Kommentaren ihrer Anhänger im Fernsehen oder zahlreichen Internetforen, bei Facebook und ande-



ren Medien oder von ihrer Redner kann man feststellen, dass für sie LSBTIQ (5), Feminist*innen, eine freie Presse, freie Wahlen, Grundrechte und soviel anderes nicht dazugehören.

Diese Ungenauigkeit über weitere Inhalte hinaus ist es, welche die die Anziehungskraft von PEGIDA&Co. ausmacht und für Zulauf sorgt. Dazu kommt eine schwammige „wir-hier-unten/das-einfache-Volk“ und demgegenüber „die-da-oben/Eliten“ - Ideologie, die durch das Gerede von einer „Lügenpresse“ die eigene Gemeinschaft einschwört. Man inszeniert sich als die letzten „aufrechten Deutschen“, die nur von „Volksverrättern“ oder „Geblendeten“ umgeben sind. In dieser abgeschlossenen, geistigen Biosphäre bestärkt man

sich gegenseitig in den eigenen Vorstellungen und legt einen zunehmend aggressiveren Ton an den Tag.

Auch im Umgang mit den politischen Gegner*innen wird der Wunsch nach einem härteren Durchgreifen der Polizei, mehr Polizei, mehr Rechten für die Polizei geäußert. Viel lieber würden einige es auch sehen, dass PEGIDA&Co. das gleich selber machen (6) oder wenigstens die auf jeder GIDA-Demo willkommen geheißenen Hooligans und Nazis mal machen lässt. Was sie auch tun, wenn sie die Gelegenheit dazu haben. In Braunschweig mussten bei mehreren BRAGIDA-Aufmärschen im Februar 2015 die Versuche von Nazis, die Gegendemonstrant*innen anzugreifen, abgewehrt werden.



Wie glaubhaft sind die „Distanzierungen“ von PEGIDA&Co. gegenüber den Nazis?

Mit ihrer politischen Stoßrichtung, der Art und Weise, wie sie auftreten und „argumentieren“ und ihrem aggressiven Nationalismus zogen diese Demonstrationen die Nazis an, wie die Scheiße die Fliegen. Ein bisschen enttäuscht, dass die deutschen Massen nicht dem Schwarz-Weiss-Rot des klassischen Originals in Sachen Rassismus und Nationalismus hinterherlaufen, sondern viel lieber dem Schwarz-Rot-Gold eines Bachmanns, versuchten und versuchen sie trotzdem, sich auf diesen Demos zu profilieren oder gründen eigene GIDAS. So ist festzustellen, dass die Ableger von PEGIDA in den alten Bundesländern vorrangig von bekannten Personen aus dem Spektrum der faschistischen Kameradschaften, Parteien und Gruppen organisiert wurden bzw. diese Demonstrationen in der Zahl dominierten. Dennoch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass durch PEGIDA eben auch tausenden Rassisten eine Plattform gegeben wurde, die vorher nicht auf NPD - Demos mitgelaufen sind. Und die sind ja nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis einer Entwicklung, die das klassische Nazispektrum nicht für sich nutzen konnte.

Weitere Details zur Teilnahme von Nazis an den BRAGIDA-Aufmärschen und den damit einhergehenden Konflikten, Distanzierungen usw. findet ihr im Artikel „BRAGIDA und die organisierten Nazis,“ auf Seite 12.

Da sich hier bei BRAGIDA vieles von dem (zeitverzögert) abspielt, was von PEGIDA in Dresden ausgeht, wird in den folgenden Analysen weitestgehend auch von PEGIDA&Co. geschrieben.

Trotz vieler Gemeinsamkeiten gab und gibt es immer wieder Distanzierungsbestrebungen von PEGIDA&Co gegenüber dem klassischen Nazispektrum. Nationalismus ist nicht gleich Nationalismus. Auch hier gibt es Unterschiede.



Nazis vertreten einen völkischen Nationalismus, der in der „Volksgemeinschaft“ verwirklicht werden soll. Das bedeutet eine biologistische, auf Abstammung basierende Rassenlehre inklusive Überlegenheitsdenken gegenüber allen, die da nicht reinpassen. Die Widersprüche zwischen Arm und Reich spielen in der idealisierten „Volksgemeinschaft“ keine Rolle, weil alle mit ihrer Stellung in der „Gemeinschaft“ zufrieden sind. Es wird immer noch für den Profit gewirtschaftet und dieser wird von den Kapitalisten in die eigene Tasche gesteckt. Also alles wie im „normalen“ Kapitalismus - nur weiß, deutsch und mit noch mehr auf die Fresse, wenn man dagegen den Mund aufmacht. Demgegenüber steht der bürgerliche Standortnationalismus, der keine Hautfarbe oder Herkunft kennt, solange man nützlich für die kapitalistische Wirtschaft ist. Diese wirtschaftlich-liberal geprägte Spielart des Nationalismus wird, in weniger präziser Form, bei PEGIDA&Co. zumindest propagiert.

Wesentliche Unterschiede zwischen Nazis und PEGIDA&Co. bestehen auch in der Stellung zum Staat Israel und dem Holocaust. Für das bekannte Nazispektrum sind je nach Strömung die Leugnung, Verharmlosung oder auch das Bejubeln des Holocausts und dementsprechend der Hass auf den Staat Israel elementarer Bestandteil der politischen Identität. Der Antisemitismus der Nazis spielt bei den meisten Anhängern von PEGIDA&Co. keine übergeordnete Rolle. Vielmehr sieht man sich, zumindest auf dem Papier, mit Israel (wahrscheinlich wohl expliziter mit der aktuellen nationalistischen Regierung unter Netanjahu) solidarisch, da es sich gegen den Islam stelle. In diesem Zusammenhang wird gerne die Parole eines „christlich-jüdischen“ Abendlandes beschworen und auch eine Israel-Fahne geschwenkt. Redner, die mit Holocaustleugnern auftreten (7), sind allerdings willkommen. Auch die „Argumente“ von einigen Anhängern trafen vor antisemitischen Argumentationsmustern oder auch den Forderungen, alle Flüchtlinge und die Unterstützer*innen „in die Gaskammern“ zu stecken. Die inhaltlichen Unterschiede zwischen dem klassischen Nazispektrum und PEGIDA&Co. sind, nicht zuletzt wegen der inhaltlichen Schwammigkeit bei PEGIDA und der immer noch vereinenden Ablehnung von Flüchtlingen, fließend. Das zeigt sich auch in den hilflosen Abgrenzungs- und Distanzierungsbestrebungen der verschiedenen Organisationsteams.

Man sei zwar gegen „jeden Extremismus“ aber ein selbstständiges Entfernen dieser angeblich „unerwünschten“ Teile in den Aufmärschen erfolgt nicht (8). Die Kräfte an der Basis haben da noch weniger Berührungsängste und wissen schon sehr genau, wer neben ihnen auf den Demonstrationen steht.

Dadurch, dass diese zunehmend kleiner ausfallen, wird es auch schwieriger, solche Leute auszublenden. Die regelmäßige Nutzung der einschlägigen Facebook-Seiten durch Tausende in der ganzen BRD offenbarten letztlich für alle in den Kommentarspalten ein Sammelsurium von menschenverachtenden Beleidigungen, sadistischen Mord-, Vergewaltigungs- und Gewaltphantasien, Aufrufen zum bewaffneten Kampf gegen Flüchtlinge und Antifaschist*innen, Bejubeln von in Brand gesetzten Flüchtlingsunterkünften, Verherrlichung von NS-Faschismus und Holocaust und viele Widerlichkeiten mehr. Niemand kann sagen er oder sie habe von nichts gewusst!

„Man kann immer die eine Hälfte der Armen kaufen, um die andere umzubringen“ (Gangs of New York)

Alle inhaltlichen Positionierungen haben einzig und allein eine Stoßrichtung gegen Flüchtlinge und Muslime. So wird bspw. die zunehmende Altersarmut in der BRD in altbekannter Manier instrumentalisiert, um sie an der Kostenfrage gegen die Flüchtlinge und alle, die als „nicht-deutsch“ wahrgenommen werden, in Stellung zu bringen.

Auf diese Weise wird bei PEGIDA&Co. jedes Thema instrumentalisiert. Egal ob Bildung, Kinder, Soziales, Gesundheit, usw.: Es wird permanent das Bild konstruiert, dass wegen der Flüchtlinge woanders das Geld fehle bzw. nicht eingesetzt werden könne. Es wird auch bewusst gelogen, wenn zum Beispiel über ein vermeintliches „Begrüßungsgeld“ für Flüchtlinge gefaselt wird, was jeder Grundlage entbehrt.

Mit ihrer offensichtlichen Unkenntnis über das

Funktionieren des Kapitalismus und seinen Verheerungen an Mensch und Umwelt, kommen sie doch wieder zu dem Punkt, Sündenböcke anzubieten. Hier treffen sie sich, ob gewollt oder nicht, inhaltlich wieder mit dem klassischen Nazispektrum - nur das letzteres hinter allem nach wie vor eine „jüdische Weltverschwörung“ (9) zusammenbastelt. Dieses Ausspielen der Ausgebeuteten in der BRD gegen die ausgebeuteten Massen im Rest der Welt, wird diese zerstörerischen Verhältnisse aber nicht beseitigen, sondern sie zementieren.

Es interessiert nun wirklich keine Unternehmer*in und keine Politiker*in, wenn sich die Beherrschten gegenseitig an die Gurgel gehen - national wie international. Im Gegenteil: Wer sich erstmal auf nationalistische und rassistische Ideen eingelassen hat, wird für die herrschende Klasse leichter für den nächsten Krieg begeistert werden können, wenn nur laut genug die „Verteidigung von Sicherheit und Vaterland“ gegen wen und wo auch immer ausgerufen wird.

Festung Europa

Europa war und ist ein seiner Konzeption ein Projekt des Kapitals gewesen. Handelsbeschränkungen sollen wegfallen, der Verkehr von Dienstleistungen, Waren und benötigten Arbeitskräften im Sinne der Profitmaximierung effektiver ablaufen. Gleichzeitig sollten so europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb um den Zugriff auf Märkte und Rohstoffe weiter konkurrenzfähig bleiben. Hierzu gehört natürlich auch ein europäisches Konzept zu gemeinsamen Standpunkten in den Fragen der Finanz-, Sicherheits- und Außenpolitik. Die Kontrolle von Fluchtbewegungen ist hier zentraler Bestandteil. Denn Fluchtbewegungen

sind letztlich immer das unerwünschte Nebenprodukt der eigenen imperialistischen Politik durch das Fördern von Krieg und dem Zerstören von sozialen und ökonomischen Lebensgrundlagen (10), vor denen man sich schützen muss. Mit der „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union“ (FRONTEX) wurde ein Instrument geschaffen, das mit vielfältigen Mitteln die Flucht nach Europa nahezu unmöglich machen soll.



Mit militärischen Überwachungstechniken (Marine, Satellitenunterstützung, Drohnen, etc.) und der direkten Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge (Abkommen über „Rückführungen“), will man Ordnung in das Chaos der täglichen millionenfachen Flucht bringen. So verhandelte man bspw. noch während des arabischen Frühlings mit dem damaligen Staatschef Ghaddafi darüber, ob die EU nicht gleich in Libyen Flüchtlingslager bauen könnte, in denen Asylanträge gestellt und bearbeitet werden sollten. Diese können dann auch gleich vor Ort abgelehnt und die Flüchtlinge ohne große Abschiebekosten abgewiesen werden.

Mittlerweile steigt die Zahl der nach Europa Fliehenden und die Reaktionen durch die Staaten

werden repressiver und gewalttätiger. Mazedonien drängte im August tausende Flüchtlinge mit Blend- und Gasgranaten zurück, Ungarn will an seinen Grenzen das Militär einsetzen und lässt bis dahin die Polizei auf Flüchtlinge einprügeln, der Tunnel zwischen Frankreich und Großbritannien wird mit Militär und höheren Zäunen gegen Fluchtbewegungen befestigt, in der BRD sollen Sonderlager für Flüchtlinge aus dem Balkan zur direkten Abschiebung errichtet werden, Flüchtlinge werden bewusst unterversorgt, um damit abschreckend auf andere zu wirken. Die Kreativität, die Flüchtlinge erst gar nicht nach Europa kommen zu lassen, denen, die es geschafft haben, das Leben hier schwer zu machen und jene, die da sind, wieder abzuschieben, ist bei den Schreibtischtätern in Behörden, Politik und Medien grenzenlos.

Das Ergebnis dieser Politik der Flüchtlingskontrolle und -abwehr sind immer riskantere Fluchtrouten, die mittlerweile zehntausende von Toten zur Folge haben. Die europäische Flüchtlingspolitik sieht vor, dass Menschen dort einen Asylantrag stellen sollen, wo sie das erste Mal europäischen Boden betreten (11). Da die überwältigende Mehrheit der nach Europa fliehenden Menschen entweder aus Afrika oder dem Nahen Osten kommt, sind es vor allem Spanien (mit seiner Exklave Melilla bei Marokko), Italien (über die am nächsten zu Afrika gelegenen Inseln Lampedusa oder Sizilien) oder Griechenland, die zur Zeit als erste europäische Staaten mit den Fluchtbewegungen in Kontakt kommen. Diese Staaten sind nicht zuletzt durch die Wirtschaftskrise hiermit überfordert und drängen den Rest Europas zunehmend auf eine Änderung in der Verteilungsfrage der Flüchtlinge, als auch nach weiterer finanzieller Unterstützung.

Wenn jetzt Politiker*innen und Medien bei den

zahlreichen Toten im Mittelmeer von „Katastrophen“, „Tragödien“, „Unglücken“ oder „Fehlern der Flüchtlingspolitik“ reden, dann ist das Augenschere - die Toten sind das in Kauf genommene Ergebnis einer ausschließlich auf Abwehr und Abschiebung „unnützer“ Flüchtlinge auf der einen und Aufnahme von „nützlichen“ Fachkräften auf der anderen Seite ausgerichteten Politik.

Flucht geschieht nicht freiwillig - sonst würde es Urlaub oder Umzug heißen

Jeder Mensch will ein gutes Leben - egal, was er oder sie darunter versteht. Wenn man dies an dem Ort, an dem man lebt, nicht kann und Aussicht auf Besserung nicht in Sicht ist, sucht man das Glück woanders. Wer für diese Reise alle zurücklässt, die ihm* ihr etwas bedeuten, alles aufgibt, was man sich mal aufgebaut hatte, um dann auf einem potentiell tödlichen Weg in ein Land zu kommen, dessen Sprachen man nicht spricht, die Gewohnheiten nicht kennt und nicht wenige einen spüren lassen, dass man nicht willkommen ist, dann passiert das unter Zwang. Kein Flüchtling nimmt das auf sich, weil er den großen Traum davon hatte, im Görlitzer Park Gras an Touristen zu verkaufen!

Politische Verfolgung, Krieg, Vergewaltigung, Folter, Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, der geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung, Katastrophen, Hunger, Armut, Perspektivlosigkeit - es gibt unzählige grausame Gründe warum Millionen Menschen täglich auf der Flucht sind und die meisten davon sind hier in den reichen Zentren hausgemacht. Wenn also von Flüchtlingen die Rede ist, dann muss auch von den Ursachen geredet werden. Aber auch ohne jeden Zwang zur Flucht: Es muss für jeden Menschen möglich sein,

ohne Zwang zur Unterwerfung oder Anpassung dort leben zu können, wo er*sie glücklich ist.

Make a stand!

Es gibt nicht die eine richtige Antwort, wie mit PEGIDA&Co. umgegangen werden kann oder muss. Wichtig ist, die Frage aufzuwerfen, in welcher Welt wir leben wollen? Wenn sich Rassisten, welcher Strömung auch immer, durchsetzen sollten, werden die Verhältnisse nicht harmonisch sein. Im Gegenteil, die Probleme, die sich durch das Abweisen von Flüchtlingen und das Ausweisen von allen, die dann als „nicht-deutsch“ gelten, erledigen sollten, sind dann immer noch da. Der Kapitalismus wird immer noch Krieg, Katastrophen, Verfolgung, Armut, Hunger und Elend produzieren, was immer wieder Millionen zur Flucht zwingen wird, um einen Platz zu finden, an dem es ihnen besser geht. Und sie werden auch weiterhin einen Weg dahin suchen - egal wie potentiell tödlich er ist. Je gewalttätiger sich die Festung Europa zu schützen sucht, umso gewalttätiger werden die Versuche sein, hier reinzukommen.

Eine Lösung liegt in der Bekämpfung von rassistischen Ideologien und Gruppen, der Solidarität mit den Geflüchteten und der Beseitigung der Fluchtursachen.

Fußnoten

(1) Bspw. Front National (FN) in Frankreich, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die Schweizerische Volkspartei (SVP), die British National Party (BNP) oder United Kingdom Independent Party (UKIP), Jobbik und Fidesz in Ungarn.

(2) Entweder Flüchtlinge werden aufgenommen, weil sich die EU verpflichtet hat, Flüchtlinge zumindest für einen vorübergehenden Zeitraum aufzunehmen. In diesem Fall werden die Flüchtlinge nach einem Schlüssel auf die Mitgliedsstaaten der EU aufgeteilt. Direkt in der BRD kann man nur dann Asyl beantragen, wenn man vorher kein anderes Land der EU betreten hat. Das ist für die BRD sehr praktisch, da dies bedeutet, dass man als Flüchtling entweder über Nord-/Ostsee oder per Flugzeug hierherkommen muss, was nicht passiert. Wer aus einem sogenannten „sicheren Herkunftsland“ kommt, bekommt auch kein Asyl. Welche Länder das sind, ändert sich je nach politischer Interessenlage.

(3) Ob direkt mit PEGIDA&Co. in Verbindung stehend ,oder „nur“ bei Facebook durch diese inspiriert, ist dabei irrelevant.

(4) Kleinbürger*innen sind ökonomisch ein Mittelding zwischen Lohnarbeiter*innen und Kapitalist*innen. Mit den Lohnarbeiter*innen haben sie gemeinsam, dass sie von eigener Arbeit leben müssen, mit dem Kapitalist*innen haben sie gemeinsam, dass sie ihre eigene Produktionsmittel benutzen und ihr Arbeitsprodukt als ihnen gehörende Ware verkaufen. In ihrer Mehrheit sind es Einzelarbeiter*innen. „Der Kleinbürger ist ein Arbeiter, der sich vom modernen Proletarier dadurch unterscheidet, dass er noch im Besitz seiner Arbeitsmittel ist; also ein Überbleibsel einer vergangenen Produktionsweise.“ F. Engels, Bauernfrage, MEW 22, 488. In der bürgerlichen Sichtweise wird hier oft von der „Mittelschicht“ oder dem „Mittelstand“ geredet, wobei hier generell auch schlicht „Besserverdienende“ dazu gezählt werden.

(5) Das steht für lesbisch-schwul-bisexuell-trans-intersexuell-queer und meint letztlich alle, die nicht der gesellschaftlich vermittelten Norm von ausschließlicher Zweigeschlechtlichkeit und heterosexuellen Beziehungen entsprechen können oder wollen.

(6) Die Wahl der Mittel sind hier Schußwaffen, Folter, Vergewaltigung und vieles mehr. Wer sich dafür interessiert, kann sich gerne die Facebook-Seiten der GIDAS ansehen. Populäre Beispiele hier sind die menschenverachtenden Kommentare zu Äußerungen der Tagesschau - Moderatorin Anja Reschke oder den Aktivitäten von Til Schweiger.

(7) Der am 21.06. bspw. bei BRAGIDA als Redner geladenen Ignaz Baerth aus der Schweiz trat, ebenfalls als Redner, im Juni 2015 im thüringischen Meiningen neben diversen NPD-Rednern mit Axel Schlimper von der „Europäischen Aktion“, einem Dachverband von Holocaustleugnern, auf.

(8) Welche Relevanz hat die Nachweisbarkeit von Nazis und den Verbindungen zu ihnen bei PEGIDA&Co. überhaupt? Selbst einem „nazifrei“ artikulierten Rassismus und Nationalismus, muss entschieden entgegengetreten werden. Egal ob von NPD, Die Rechte, PEGIDA, AfD oder namenlosen Arschlöchern!

(9) Nazis bedienen für die Probleme der Welt immer wieder eine angebliche „Jüdische Weltverschwörung“, die hinter allem stecken würde. Der industriell organisierte Massenmord durch Vernichtungslager und Gaskammern durch die Nazis an den Jüd*innen war das konsequente Ergebnis dieser Ideologie.

(10) Zum Beispiel durch Waffenexporte, Strukturanpassungsprogramme des IWF, Verseuchung der Umwelt durch Rohstoffabbau oder den Einsatz radioaktiver Munition in Konflikten (bspw. Jugoslawien, Afghanistan, Irak), Zerstören lokaler Märkte durch Billigprodukte, Verlagerung von Produktionsstätten und damit einhergehende Massenarbeitslosigkeit.

(11) Sogenannte „Drittstaatenregelung“

BRAGIDA und die organisierten Nazis Unglaubliche Distanzierungsversuche

„Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ - mit dieser Parole verabschiedeten sich die Jungen Nationaldemokraten Braunschweig (JN) und „Die Rechte“ von der zehnten BRAGIDA-Veranstaltung in der Schuntersiedlung. Ursprünglich kündigte BRAGIDA diese für den benachbarten Stadtteil Kralenriede, in unmittelbarer Nähe zur Landesaufnahmebehörde (LAB), an. Mit BRAGIDA war außerdem laut der Facebook-Seite der JN ein Redebeitrag dieser abgesprochen. Dazu kam es aber nicht: Das Organisationsteam von BRAGIDA verweigerte der JN den Beitrag und distanzierten sich in einer Durchsage von einer Zusammenarbeit mit der Jugendorganisation der NPD. Vorab soll es ein Gespräch mit dem Verfassungsschutz gegeben haben. Die JN wollte daraufhin die Veranstaltung vorzeitig verlassen, wobei oben genannte Parole gerufen wurde und schwarz-weiß-rote Fahnen geschwenkt wurden. Johannes Welge von „Die Rechte Hildesheim“ versuchte, eine Spontandemo anzumelden, die Polizei untersagte diese aber und hinderte die Nazis am Verlassen der Veranstaltung.



Mitglieder der JN bei BRAGIDA am 30.03.15

Dies war die letzte BRAGIDA-Veranstaltung, an der die JN teilgenommen hat, nachdem diese zuvor mehrfach offen teilgenommen und auch dazu mobilisiert hatte. Nach Polizeiangaben waren 50% der Teilnehmenden dem rechten Spektrum zuzuordnen (50 von 100). Auch bei den vorherigen Versammlungen zählte die Polizei, sofern angegeben, um die 50% "aus rechtsextremen und Hooligankreisen", Höhepunkt war die fünfte Veranstaltung mit ca. 80% (270 von 320 Teilnehmenden). Ebenso spricht der aktuelle niedersächsische Verfas-

sungsschutzbericht 2014 davon, dass sich „an den Kundgebungen der PEGIDA-Ableger in Hannover (HAGIDA) und Braunschweig (BRAGIDA) Anfang 2015 in nicht unerheblicher Anzahl auch Rechtsextremisten beteiligt“ haben. Auch wenn BRAGIDA regelmäßig versuchte, sich von Nazis zu distanzieren, traten immer wieder auch bekannte und organisierte Faschisten auf, die anscheinend willkommen waren und nicht der Versammlung verwiesen wurden.

So waren mehrmals Mitglieder der Partei "Die Rechte" aus der Region Braunschweig und Hildesheim anwesend. Unter anderem nahm der bekannte Hildesheimer Nazi Dieter Riefing an der ersten BRAGIDA-Veranstaltung teil. Ebenso waren auch Teilnehmende der BRAGIDA bei einer Kundgebung der Rechten Hildesheim vor einer Flüchtlingsunterkunft in Groß Lafferde am 28.05.2015. Außerdem besuchte Lukas Müller, Sohn der BRAGIDA-Anmelderin Christina Müller, einen Infoabend der "Rechten Braunschweiger Land" am 21.02.2015. Dieser ist auch bei Facebook mit einigen Mitgliedern der JN befreundet. Die

Distanzierungen der BRAGIDA klingen auch deshalb unglaubwürdig, weil Nazis nicht nur anwesend waren, sondern immer wieder Naziparolen gerufen wurden und mehrmals der Hitlergruß zu sehen war. So begann die siebte Veranstaltung mit zwei Stunden Verspätung, da 33 Teilnehmende im Posttunnel am Hauptbahnhof von der Polizei auf Grund von Zeigen des Hitlergrußes und "Sieg Heil"-Rufen festgehalten wurden. Das Orga-Team wartete, obwohl es über die konkreten Vorfälle informiert war, mit dem Start ihres Aufmarsches und kritisierte am nächsten Tag auf ihrer Facebookseite das Vorgehen der Polizei. Kurz drauf wurden die Anhänger gebeten, bei der nächsten Versammlung nicht in Kleidung der Nazi-Marke „Thor Steinar“ aufzutreten, was von dem Kommentatoren mit Spott und Widerwillen aufgenommen wurde. Offensichtlich dürfen Nazis gerne bei BRAGIDA teilnehmen, sie sollen nur ihre Naziklamotten im Schrank lassen. Auch finden sich bei vielen Usern mit den meisten Kommentaren und Likes auf der BRAGIDA-Facebookseite Verbindungen zu rechten Seiten, wie Die Rechte, NPD, Identitäre, German Defense League, Dritter Weg, Anti-Antifa-Seiten, Anti-Flüchtlingsheim-Seiten, Widerstand Ost West, „Ich bin Patriot, aber kein Nazi“, Frei*Wild, Thor Steinar, „Bürgerinitiative für Sicherheit in Braunschweig“ (Betreiber ist die JN) und so weiter. Dass Teilnehmende Anti-Antifa-Seiten nicht nur „beiläufig“ liken, zeigte sich

auch an einem mitgebrachtem Transparent auf einer BRAGIDA-Versammlung. Ebenso wurden im Laufe der Veranstaltungen zwei Anti-Antifa-Seiten auf Facebook erstellt, auf denen Fotos von NO-BRAGIDA-Demonstrant*innen eingestellt wurden. Nach einigen Artikeln brüstete sich Lukas Müller, Sohn Christina Müllers, als Betreiber der ersten Seite „Aktion gegen Links in der Region Braunschweig“. Kurz drauf verschwand seine Seite, ebenso wurden daraufhin Fotos von der BRAGIDA-Facebookseite und Webseite gelöscht. Einige Tage später tauchte eine neue Seite mit dem Namen „AGL Braunschweig“ nach dem gleichen Prinzip auf. Die Namensähnlichkeit wird wohl kaum ein Zufall sein.

Auffällig auf diesen Seiten sind diverse Likes von „Ninchen Ninchen“, mit bürgerlichem Namen Nina Richter. Diese hat bei einem Eintrag auf der BRAGIDA-Facebookseite über ein vom Antifaschistischen Café veranstaltetes Aktionstraining kommentiert, sie wisse den Ort der Veranstaltung. Dort tauchte sie auch mit einer Gruppe auf, aus der kurze Zeit später ein Angriff auf Teilnehmer*innen und Mitarbeiter*innen des Veranstaltungsortes Brunsviga, von denen zwei verletzt wurden, hervorging. Daraufhin wurden zwei Personen festgenommen, von denen einer schon bei einer HAGIDA-Veranstaltung auffällig geworden war.

XXXXXXXXXX Ich habe nur Klamotten von TS, daher kann ich nicht kommen.

Gefällt mir · Antworten ·  2 · 1 Std

XXXXXXX Hast du nicht was von CONSDAPLE? Nur als Alternative zu TS



Gefällt mir · 1 Std

Die Gruppe um Nina Richter hat auch mehrfach an BRAGIDA-Versammlungen teilgenommen. Nina Richter kann als Beispiel für die Verbindung von BRAGIDA zu sowohl Nazis als auch Hooligans gesehen werden: So nahm sie nicht nur an Aufmärschen von „Die Rechte“ teil, sondern tauchte auch wie Lukas Müller auf Fotos der Gruppe „Gemeinsam stark“ auf, einer Abspaltung der Islamfeindlichen Nazi-Hooligan-Organisation HOGESA (Hooligans gegen Salafisten). Lukas Müller nahm auch im Herbst 2014 gemeinsam mit Tatjana und Michael Berner an der HOGESA-Kundgebung in Hannover teil. Aber auch Mitglieder von „Gemeinsam Stark“ nehmen regelmäßig an BRAGIDA-Veranstaltungen teil. Bei deren 18. Versammlung tauchten sie dann in einer Gruppenstärke von 50-60 auf, angereist unter anderem aus Magdeburg und Erfurt. Die Polizei sprach von einer „Mehrzahl Personen, die dem rechten Spektrum und der Hooliganszene zuzurechnen sind“. Dass es vermehrt zu gemeinsamen Aktionen von organisierten Nazis und BRAGIDA-Teilnehmenden kommt, zeigte sich auch am 09.09.15. An diesem Tag zeigte die „AG gegen Rechts“ vom Jugendring den Film

„Blut muss fließen“. Der Film zeigt Szenen von Nazikonzerten und wurde undercover gedreht. An diesem Abend versucht eine Gruppe, in der sich sowohl Mitglieder der „JN Braunschweig“, der Partei „Die Rechte – Hildesheim“ als auch Nina Richter und Freunde befanden, die Veranstaltung zu stören. Danach kam es noch zu einem spontanen Aufmarsch dieser Gruppe. Alles in allem lassen sich immer wieder Verbindungen zwischen BRAGIDA und Nazis auch aus dem organisierten Spektrum finden. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, da sie ihnen zahlreiche inhaltliche Anknüpfungspunkte bieten, wie sich unter anderem durch Gastrednerinnen und -redner wie die Ex-NPDlerin Sigrid Schübler oder Ignaz Bearth, ehemaliges Mitglied diverser rechter Parteien aus der Schweiz, deutlich zeigt. So sprach Bearth eine Woche vor seinem Auftritt bei BRAGIDA bei einer Veranstaltung in Meiningen gemeinsam mit NPD-Funktionären und Holocaust-Leugnern.

Rassismus, Islamfeindlichkeit und Hetze gegen Flüchtlinge ziehen nunmal Nazis an wie Scheiße die Fliegen!



„Anti-Antifa“-Transparent bei BRAGIDA am 22.03.2015

BRAGIDA und ihre Gastrednerinnen und -redner

Alle folgende Rednerinnen und Redner haben nicht nur in Braunschweig bei BRAGIDA gesprochen, sondern auch bei etlichen anderen PEGIDA-Ablegern. Sie reisen momentan quer durchs Land, um in unterschiedlichsten Orten immer wieder ein und dieselbe Hetze zu verbreiten. Neben den externen Beiträgen ergreift auch immer wieder Hauptorganisatorin Christina Müller das Wort. Darüber hinaus gibt es regelmäßig ein „Offenes Bürgermikrofon“, bei dem dann gerne gegen homosexuelle Beziehungen gewettert und von der individuell erlebten Bedrohung durch den Islam schwadroniert wird.

Zahid Khan – 02.02.15

Er bezeichnet sich selbst als Prophet und Islamkritiker. Ihm sei sowohl Gott als auch der Prophet Mohammed erschienen. Letzterer offenbarte ihm, dass er den Koran nach seinen eigenen Vorstellungen gestaltet habe und Khan solle nun



aufklären, dass viele Inhalte des Korans so nicht stimmen und dieser reformiert werden müsse. Deshalb bringt er seit Jahren Bücher im Eigenverlag heraus, in denen er u.a. gegen den Islam hetzt. Sein letztes Buch trägt den Titel „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ - damit passt er perfekt zur PEGIDA-Bewegung. So wurde er dann auch von BRAGIDA als Redner eingeladen. Khan bezeichnete BRAGIDA als „Stimme des Volkes“. Der Islam, behauptet er, sei einen Feind der Demokratie. BRAGIDA hat hier einen Ex-Muslim gefunden, der vor den vermeintlichen Gefahren des Islams warnt und mit dem sie gemeinsam ihre Hetze verbreiten können.

Tatjana Festerling – 22.02.15

In Hamburg hat sie die lokale AfD gegründet, heute ist sie aus dieser ausgetreten. Der Austritt erfolgte wohl nur weil ein Ausschluss bevor stand, denn sie hat sich nach Ansicht der AfD-Spitze mit ihrer positiven Äußerung zum HOGESA-Aufmarsch in Köln und ihrer Teilnahme an selbigen zu weit nach „rechts“ begeben. Eine neue politische Heimat fand Festerling schnell in der PEGIDA-Bewegung. Im Juni 2015 hat sie sich für PEGIDA Dresden zur Wahl als Oberbürgermeisterin aufstellen lassen. 9,6 Prozent der Stimmen hat sie bekommen. Für den Posten hat es nicht gereicht, aber dennoch sind es 21.311 Menschen, die Festerling gewählt haben. Ein Frau die für ihre Hasstriaden gegen Flüchtlinge und Homosexuelle bekannt ist. So sagt sie über Flüchtlinge: „Männer, die ihre Familien und Heimat im Stich gelassen haben, weil es hier Schöner Wohnen und ordentlich Knete vom Staat gibt.“. Bei



BRAGIDA verbreitete sie ihre bekannte Hetze, durfte die Auflagen der Polizei vorlesen und freute sich darüber, etliche verbotene Nazimarken etc. vorzutragen.

Erich Seifert – 09.02./09.03.15

Er ist ebenfalls ein Ex-AfDler. Seifert gründete 2013 in Bremen die AfD und trat dann 2014 wieder aus. Für die AfD kandidierte er (ohne Erfolg) als Direktkandidat zur Bundestagswahl. Auch Seifert hat eine neue politische Heimat bei PEGIDA gefunden. Als Redner tourt er zu PEGIDA-Aufmärschen in Norddeutschland. In Bremen versuchte er als parteiloser Kandidat in die Bürgerschaft einzuziehen, das hat er nicht geschafft. Bei BRAGIDA war er mehrmals als Redner geladen, in einer seiner Reden hetzte er gegen die Gewerkschaften, die der Feind der Arbeiter*innen seien, im Gegensatz zu den Arbeitgebern. Weiter sagte er: „Das, was damals die Stasi war, ist heute die Antifa und ihre Links-Grünen Faschistoiden Fanatiker.“



Heiko Bernady – 30.03.15



Nach dem er am 26.01.15 bei SÜGIDA in Suhl teilnahm und in seiner Rede davon sprach, dass sich die neue thüringische Landesregierung mit „hirn- und würdelosem linksradikalen Lumpenpack“ solidarisiere und einen alltäglichen antideutschen-Rassismus herbeifantasierte, verlor er seinen Posten bei der AfD-Landtagsabgeordneten Herold.

Bernady behauptet, dass die Menschen, die hierher flüchten, „nicht aufgrund von Kriegen oder schlimmeren Lebenslagen geflohen sind“ und ist der Meinung: „Unsere Sozialsysteme sind nicht dafür da, Nicht-Deutschen ein tolles Leben zu ermöglichen.“

Rico Walther – 30.03.15

Ist Mitglied in der AfD, gehört allerdings zu den Kreisen, denen der Kurs der AfD momentan zu lasch ist. Er organisiert sich in der „Patriotische Plattform - Sachsen“, eine Gruppe von AfD-Mitgliedern, welche mit PEGIDA offen sympathisieren und sich aktiv an PEGIDA-Aufmärschen beteiligen. In ihrer Gründungserklärung schreiben sie u.a. „Wir halten an Deutschland fest: An seiner Sprache und Kultur gegen die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft auf seinem Boden“.

Lutz Bachmann – 19.04.15

Der Gründer von PEGIDA Dresden, welcher, nachdem rassistische Kommentare gegen Flüchtlinge auf Facebook und Bilder von ihm als Hitler-Imitator von der Presse veröffentlicht wurden, kurz etwas aus dem Rampenlicht verschwand. Aber eben nur kurz. Neben den PEGIDA-Aufmärschen in



Dresden tourt er durch die gesamte BRD, um die jeweiligen lokalen PEGIDA Ableger zu unterstützen. Aber nicht nur bei PEGIDA ist er vorne mit dabei, auch bei den rassistischen Protesten gegen eine Flüchtlingsunterkunft in Freital mischt er kräftig mit.

Sigrid Schübler – 26.04.15

Jahrelanges aktives Mitglied in der NPD. Sie hat die NPD-Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen“ gegründet, war als Redakteurin beim NPD-Pressorgan „Deutsche Stimme“ aktiv und war stellvertretende Landesvorsitzende der NPD Bayern. 2014 kandidierte sie als Bundespartei-vorsitzende, verlor die Wahl aber. Ende 2014 trat sie dann aus der NPD aus. Sie ist aber weiterhin politisch aktiv und heute nicht weniger rassistisch als früher. In Braunschweig redete sie sich 45 Minuten



lang in Rage und forderte u.a. die Abschaffung aller gewählten Parteien, sowie den Abriss aller Moscheen. BRAGIDA distanzierte sich auf Facebook erst von der Rede, um sich dann von der Distanzierung zu distanzieren. So oder so wussten Christina Müller und der Rest vom BRAGIDA-Orgateam ganz genau, wen sie sich da eingeladen haben und beim Mitschnitt der Rede hört man ganz genau, wie gut es den BRAGIDA-Teilnehmern gefällt, was Sigrid Schübler verbreitet.

Sebastiano Graziani – u.a. am 26.04.15

Er sprach mehrmals bei BRAGIDA und konnte sich mit Sprüchen über „Systempolitiker“, „Lügenpresse“ oder das wehrhafte „Germanentum“ den Applaus von BRAGIDA einheimsen. Graziani wetterte gegen die Politik in Berlin, die hätte 200.000 Flüchtlinge im letzten Jahr nach Deutschland geschafft und betonte: 200.000, „das sind Armeen - so viele sind in Stalingrad gefallen“.

Ferdinand Lekaboth – 21.06.15

Ferdinand Lekaboth hielt einen kurzen Redebeitrag bei BRAGIDA. Er sagte unter anderem, jede erfolgreiche Nation bräuchte Patriotismus. Bei Facebook sprechen seine „Gefällt-mir“-Angaben für sich: verschiedenste PEGIDA-Ableger, die NPD, „Geert Wilders-support from Germany“, AfD, „Freital wehrt sich. Nein zum Hotelheim.“, Compact (rechtspopulistisches Zeitung)...

Ignaz Bearth – 21.06.15

Bearth ist Gründer der rechtspopulistischen Schweizer „Direktdemokratischen Partei“. Als Sprecher von PEGIDA Schweiz trat Bearth zurück,

nachdem der Verdacht aufkam, dass er Facebook-Likes gekauft hatte, die Schweizer Behörden gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs der Beleidigung der deutschen Bundesregierung eingeleitet hatten und seine Vergangenheit bei der extrem rechten „Partei National Orientierter Schweizer“ (PNOS) thematisiert wurde. Aus seiner Sympathie für die europäischen Rechtsparteien wie dem Front National, der Lega Nord oder der FPÖ macht Ignaz Barth keinen Hehl.

Edwin (Utrecht) Wagensveld – 20.07.15



Er tritt bei PEGIDA Veranstaltungen unter dem Namen Utrecht auf, sein richtiger Nachname ist allerdings Wagensveld. In Utrecht wurde er lediglich geboren, er lebt in der BRD. „Berühmt“ wurde er, weil er beim HOGESA-Aufmarsch in Hannover Journalisten erklärte, weshalb er dort mitlaufe. Was er sagt unterscheidet sich nicht von dem was all die anderen bei PEGIDA sagen, außer dass er von den „schlimmen“ Bedingungen in den Niederlanden berichtet. Bei PEGIDA in Dresden hat er ein Grußwort von Geerd Wilders verlesen. Er glaubt, PEGIDA wird es noch lange weitergeben, denn sie würden sich im Gegensatz zu den

Gegendemonstrant*innen nicht bezahlen lassen.

Christina Müller - spricht andauernd
Sie ist die Hauptorganisatorin von BRAGIDA,



konnte anfangs noch Braunschweig Regional Interviews geben und scheint es sehr zu genießen, bei BRAGIDA im Mittelpunkt zu stehen. Verschont bleiben wir nicht von klassischen Eltern-Kind-Streitigkeiten, denn ihr Sohn Lukas Müller machte zwar bei BRAGIDA mit – aber wie es nun mal so ist wenn Kinder in die Pubertät kommen, will er nicht mehr auf seine Mama hören. So durften wir immer mal wieder erleben wie sich die beiden auf den BRAGIDA-Kundgebungen stritten – unvergesslich wird wohl das „Lukas, du bleibst jetzt hier!“ bleiben. So unterhaltsam diese schon telenovelareifen Einlagen sind, so ernsthaft vertreten die beide aber auch ihre rassistischen Standpunkte.

Christina Müller spricht immer wieder bei den BRAGIDA-Kundgebungen u.a. darüber, dass es eine ungesteuerten Masseneinwanderung gebe und eine antideutsche Haltung der deutschen Regierung.

Islamfeindlichkeit als Bindeglied

Seit den 1990er Jahren taucht der Begriff der „Islamisierung“ im Umfeld von rechten Parteien, Nazis und auch Rassisten der bürgerlichen Mitte mehr und mehr als politisches Schlagwort auf. Besonders in rechtspopulistischen Kreisen wird diese Formulierung genutzt, um gegen eine angebliche Überfremdung mobil zu machen. Damit dies noch drastischer klingt, nutzen Rechte auch das Wort „Umvolkung“, welches einen vermeintlichen „Bevölkerungsaustausch“ oder auch das Aussterben der im völkischen Sinn „Deutschen“ beschreibt. Im Laufe der letzten Jahre wurden im öffentlichen Raum zusätzlich weitere Begriffe wie Islamophobie, Islamkritik und Islamfeindlichkeit eingeführt. Diese Worte beschreiben allerdings das gleiche Phänomen, nämlich einen, in breiten Teilen der Gesellschaft, teils versteckt, teils offenen antimuslimischen Rassismus.

Der Begriff „Islamophobie“ – Angst vor Menschen muslimischen Glaubens – wurde vor ca. 30 Jahren von muslimischen Gruppen in Großbritannien geprägt. Sie wollten damit die gegen sie selbst gerichteten Vorurteile und Diskriminierung beschreiben. In Deutschland wird der Begriff seit 2001, nach den Anschlägen vom 11. September, genutzt, um die damals oft noch eher verschleierte Ablehnung gegenüber Muslim*innen zu benennen.

Islamkritik dagegen kommt aus dem Sprachgebrauch von rechten Gruppierungen und Parteien und soll der Ablehnung und Hetze einen sachlichen Anstrich verpassen. Allerdings kann diese angeblich seriöse Kritik schnell entarnt werden, sobald die „Islamkritiker“ sich in Blogs, öffentlichen Reden, Online-Kommentaren oder Artikeln äußern. Immer wieder entlarven sie ihre Ideologie als eindeutig rassistische Sichtweisen.

Islamfeindlichkeit bezeichnet die offen zur Schau gestellte Abwertung und Ablehnung von Menschen, denen zugeschrieben wird, Muslim*innen zu sein. Eine tatsächliche Glaubenszugehörigkeit ist gar nicht nötig. Menschen mit einem Migrationshintergrund aus muslimisch geprägten Ländern

werden als homogene Masse mit bestimmten, natürlich negativen, Eigenschaften betrachtet. Somit entsteht eine rassistische Konstruktion, aus fremd zugeschriebenen Merkmalen, die pauschal für die gesamte Gruppe gilt und somit ein Feindbild begründet. Angeheizt wurde die Islamfeindlichkeit nach dem Ende des Kalten Krieges besonders durch die Anschläge auf das World Trade Center in New York City am 11. September 2001.



Der Islam wurde von der Nato und Co. zum Feindbild des Westens stilisiert und lieferte damit die Grundlage des „war on terror“ in Afghanistan, Irak usw.. Mittels dieser geschürten Angst konnten demokratische Strukturen eingeschränkt und Überwachung legalisiert werden. Nazistrukturen und Nationalisten nutzen diese Möglichkeit, um den Islam als gemeinsames Feindbild einzuführen und als Chiffre für einen generellen Rassismus allem „Fremden“ gegenüber, zu nutzen. Nur eine in sich geschlossene „Volksgemeinschaft“ (Erläuterungen zu diesem Begriff siehe Seite 7) kann, laut Nazi-denkweise, dem widerstehen.

Mittlerweile ist ein weitreichendes Netzwerk entstanden. Die Ablehnung des Islam eint Nazigruppen und rechtspopulistische Strukturen bis hin zu bürgerlichen Parteien und bestärkt vor allem auch rassistische Sichtweisen Einzelner. Das Internet spielt hierbei eine große Rolle im Verbreiten von Hetze. Neben Facebook, Twitter und Youtube kommt dem Blog pi-news.net eine wichtige Rolle zu. Bereits seit 2004 hetzen dort die Autoren, darunter auch ehemalige CDU/CSU Mitglieder und AfD-Funktionäre. Die Clicks erreichen mittlerweile mehrere zehntausend Besuche täglich. Die veröffentlichten Artikel basieren oftmals auf Meldungen von bekannten Medien (von Bild bis Spiegel) und werden von den pi-news Autoren erweitert, kommentiert oder umgeschrieben. Tenor dabei ist es, den Islam als unvereinbar mit den in in der BRD geltenden Rechten darzustellen. Immer wieder taucht als Beschreibung einer angeblich deutschen Kultur der Begriff des christlich-jüdischen Abendlandes auf, welcher allerdings nie konkretisiert wird und letztlich nur als diffuser Gegenentwurf zum Feindbild Islam konstruiert wurde.



Ein weiteres Beispiel bietet das SPD-Mitglied Thilo Sarrazin mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“. Sarrazin gibt der islamfeindlichen Szene hier eine Steilvorlage, indem er viele der vorhandenen Vorurteile zusammenfasst und unterstützt, z.B. werden Muslim*innen pauschal als integrationsunwillig und dumm dargestellt. Darüber hinaus tragen leider immer wieder auch etablierte und bekannte Medien, Focus, Stern usw., mit Coverbildern und Artikeln ihren Teil zur Verfestigung der Ablehnung von muslimischer Menschen bei.

Neben Kleinstparteien wie „Die Freiheit“ und „Pro-Deutschland“, die Islamfeindlichkeit als Kernthema haben, nutzen auch die NPD, Die Rechte, die Identitäre Bewegung, AfD, CSU, HOGESA und natürlich PEGIDA&Co. dieses Netzwerk, um ihren Rassismus in der Gesellschaft zu platzieren und zu verbreiten.

Impressionen von den Protesten gegen BRAGIDA



8.000 Menschen gegen die 1. BRAGIDA



Erfolgreiche Sitzblockade am 18.05.15



Erfolgreiche Blockade am 26.01.15



Der Polizei ist es zu laut, droht mit Räumung - 13.07.15



Erfolgreiche Blockade auf dem J-F-K-Platz - 02.02.15



Erfolgreiche Blockade am 19.10.15

Die Antifa...

- organisiert Aktionen gegen Nazis
- macht auf das Erstarken von rechten Gruppierungen aufmerksam
- setzt sich ihnen in den Weg, wenn sie aufmarschieren wollen
- sorgt dafür, dass Nazis und Rassisten nicht ungestört hetzen können

Die Antifa ist immer dort präsent, wo die Nazis sind. Und das ist auch gut so!

Allerdings ist „Die Antifa“ als ein homogener Verband ein Mythos. Vielmehr verstehen sich bundesweit (und natürlich darüber hinaus) zahlreiche lokale Gruppen, die unabhängig voneinander agieren, als antifaschistische Bewegung. Diese bieten die Möglichkeit, sich vor Ort politisch zu engagieren. Innerhalb der einzelnen Gruppen bestehen verschiedenste Themenschwerpunkte und Ideen der politischen Arbeit.



Verbunden fühlen sich die einzelnen Gruppen in der Idee eines selbstbestimmten und emanzipatorischen Menschenbildes weltweit. Daraus ergibt sich auch der Kampf gegen jegliche Diskriminierung und Ausgrenzung, sei es alter oder neuer Faschismus, Rassismus & Alltagsrassismus, Antisemitismus, Nationalismus, völkische Ideologie, Islamfeindlichkeit und alle weiteren Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In antifaschistischen Gruppen organisierte Menschen setzten sich mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen auseinander, diskutieren darüber und versuchen nicht nur die sichtbaren Auswüchse von Hetze und Diskriminierung einzubeziehen, sondern auch die Wurzel der Probleme offenzulegen und Alternativen zu erarbeiten.

Antifaschistische Arbeit umfasst daher auch vielmehr, als sich auf Demonstrationen Nazis und Rassisten entgegenzustellen. Die eigentlichen Schwerpunkte finden oft nicht öffentlichkeitswirksam statt und umfassen umfangreiche Recherchen zu faschistischen Strukturen in den jeweiligen Regionen und Städten, sowie immer wieder die Zusammenarbeit in Bündnissen mit unterschiedlichsten weiteren aktiven Gruppen. Weiterhin werden Übergriffe dokumentiert und über rechte Strukturen in Form von Broschüren, Infoblättern, Outings oder Veranstaltungen aufgeklärt und informiert.

Antifa-Gruppen sorgen dafür, dass Nazis & rassistische Ideologie nicht ohne Gegenwehr bleiben!

Wenn Antifaschist*innen und Nazigegner*innen nicht mehr auf die Straße gingen und Proteste organisieren würden, könnten sich menschenverachtende Meinungen unhinterfragt ausbreiten. Nazis und Rassisten hätten dann die Möglichkeit ihren Hass unbehelligt in die Öffentlichkeit zu tragen, mit potentiellen Sympathisierenden in Kontakt zu kommen oder auch aus Aufmärschen heraus andere Menschen anzugreifen.

Immer wieder zeigt sich, dass dort wo Nazis nicht auf Gegenwehr treffen, ihre Präsenz und Strukturen stärker werden und sie mehr und mehr die öffentliche Meinung und das Stadtbild dominieren. Dann

haben sie die Möglichkeit, kritische Menschen und alternative Organisationen einzuschüchtern oder zu attackieren. Sogar terroristische Zellen, wie der NSU, können in so einem Umfeld entstehen und ungestört über Jahre hinweg Schrecken und Tod verbreiten.

Auf das Erstarren von rechten Strukturen werden wir als antifaschistische Gruppen in Braunschweig auch weiterhin aufmerksam machen und dieses nicht unwidersprochen lassen!



Antifaschistische Proteste gegen den Infostand von BRAGIDA am 20.06.15

Blockaden – Der Weg zum Erfolg

Es gibt viele Möglichkeiten, gegen einen Naziaufmarsch vorzugehen. Manche veranstalten ein „Demokratiefest“, stellen Lichterketten auf oder fegen dem Aufmarsch symbolisch hinterher. Andere versuchen, die Nazis direkt anzugreifen, suchen die Konfrontation. Eine dritte Möglichkeit besteht im Blockieren der Naziroute mit Massenblockaden, um einen Aufmarsch undurchführbar zu machen, denn wie jede*r aus dem Physikunterricht vielleicht noch weiß: Wo ein Körper ist, kann kein zweiter sein.

Warum Blockaden?

Wir wollen hier einmal etwas genauer erklären, warum wir das Konzept von Blockaden (im Moment) für das erfolgversprechendste halten und wie so eine Blockade funktionieren könnte. Die Vorteile einer Blockade liegen auf der Hand: Zum einen kann sich eine Vielzahl von Menschen unterschiedlichster Couleur daran beteiligen. Zusätzlich findet diese Aktionsform eine sehr breite gesellschaftliche Akzeptanz, was es Polizei und Repressionsorganen schwieriger macht, sie zu kriminalisieren. Zum anderen kann man auf diese Weise die Nazis konkret in ihrem Handeln behindern, im besten Falle das Losmarschieren sogar verhindern oder einen Abbruch erzwingen. Im Gegensatz zu den symbolischen Aktionsformen, die zwar das eigene Gewissen beruhigen, die Nazis selbst aber nicht stören, können Massenblockaden ein probates Mittel sein, um den Nazis direkt die Handlungsfreiheit zu nehmen. Und nicht zuletzt spricht auch der Erfolg für sich.

Wie kann so eine Blockade entstehen?

Oft fangen Blockaden klein an. Obwohl die Polizei versucht, jede Straße, jeden Weg und jeden Trampelpfad abzusperren, findet sich immer irgendwo eine kleine Lücke, eine Gelegenheit für Menschen direkt auf die Route der Nazis zu kommen.

Hilfreich dafür ist die Nummer des Infotelefon oder der Ticker, wo ihr Infos über den Standort der Nazis, bestehende Blockaden oder Polizeibewegung erhaltet. Ihr solltet euch vorher in einer Gruppe (4-6 Menschen) darüber absprechen in welcher Form ihr aktiv werden möchtet.



Haben dann mehrere solcher Gruppen die Strecke erreicht, stellen sie im Grunde schon die erste kleine Blockade dar. Im Idealfall habt ihr ein Transparent dabei, was es einerseits anderen Gegendemonstrant*innen und der Öffentlichkeit (Presse) ermöglicht, euch als Nazigegner*innen zu erkennen und andererseits verhindert, dass Nazis oder Polizei euch ungehindert abfotografieren können.

Darüber hinaus wird die Polizei euch mit Transparent evtl. als eine eigene Versammlung bewerten. Als eine eigene Versammlung steht ihr dann unter dem Schutz des Versammlungsgesetzes und könnt nicht so einfach geräumt werden. Eine Blockade kann aus stehenden oder sitzenden Menschen gebildet werden, miteinander verhakt oder lose beieinander sitzend/stehend.

Ihr seid also auf der Strecke, steht oder sitzt nun da und dann? Nun ist es sinnvoll, dass Infotelefon zu informieren. Nur wenn andere von eurer Blockade erfahren, ihr vielleicht sogar mitteilen könnt, wo ein Durchkommen möglich war, könnt ihr Unterstützung erwarten. Mit ein wenig Glück stoßen bald noch mehr Leute zu euch und ihr bildet ein Hindernis, das nicht so einfach zu umgehen oder zu räumen ist. Bleibt auf jeden Fall vor Ort, auch wenn von Nazis oder Polizei noch weit und breit nichts zu sehen ist.

Manchmal dauert es, bis jemand auf euch aufmerksam wird; sei es weil die Polizei an der Stelle unterbesetzt ist oder weil die Nazis schon woanders blockiert werden. Wenn ihr euch auf der Route der Nazis befindet, seid ihr auf jeden Fall goldrichtig! Richtet euch auf einen längeren Aufenthalt ein.

Wie es weitergeht, liegt dann nur noch begrenzt in eurer Hand. Viel hängt davon ab, wie groß der Wille von Politik und Polizei ist, den Naziaufmarsch auf Biegen und Brechen durchzusetzen. Vielleicht setzen sie den Aufmarsch durch. Vielleicht brechen sie ihn ab, weil ein Durchsetzen aus ihrer Sicht unverhältnismäßig wäre. Vielleicht räumen sie eure Blockade ab, wodurch an dieser Stelle Polizeikräfte gebunden sind. Das wiederum ermöglicht es Menschen an einer anderen Stelle auf die Strecke zu kommen. Auf jeden Fall ist euer Einsatz nicht umsonst!

Love to block!



Offenes Antifa Treffen – Informieren! Mitmischen! Aktiv werden! Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19.00 Uhr

Das Offene Antifa Treffen ist ein Treffen bei dem alle, die sich antifaschistisch engagieren wollen, einfach vorbei kommen können, um uns kennenzulernen, um sich zu informieren, um sich an den Diskussionen zu beteiligen, um Ideen einzubringen oder um an der Planung und Organisation der nächsten Aktivitäten, wie z.B. Demonstrationen, Diskussions- und Informationsveranstaltungen, Flugblättern oder Pressemitteilungen mitzumachen.

Gegen Nazis? Na klar!

Schwerpunkt unserer Aktivitäten ist der Antifaschismus. Antifaschismus heißt für uns zum einen konkret gegen Nazis vorzugehen, z.B. in dem wir ihr Auftreten, ihre Strukturen und Aktivitäten öffentlich machen und versuchen, Protest und Widerstand dagegen auf die Beine zu stellen.

Wir organisieren und beteiligen uns an antifaschistische Kundgebungen, Demonstrationen, sowie Blockaden und Störungen von Naziveranstaltungen und -aufmärschen, sowohl in Braunschweig als auch in anderen Städten.

Wir arbeiten in Bündnissen, wie z.B. dem Bündnis gegen Rechts Braunschweig, mit anderen Organisationen, Gruppen und Initiativen zusammen, um auch über politische Unterschiede hinweg einen möglichst breiten Widerstand gegen Nazis auf die Beine zu stellen, ohne dabei die eigenen Positionen aus dem Auge zu verlieren!

Auf staatliche Stellen und die Polizei verlassen wir uns nicht – im Gegenteil: Die Verstrickungen und Vertuschungen durch die Geheimdienste und ihre finanzielle Unterstützung der Naziszene durch V-Leute, die Polizeieinsätze, die Naziaufmärsche schützen und Gegendemonstrant*innen attackie-

ren, die staatliche „Extremismustheorie“, die versucht Nazis und Antifaschist*innen in einen Topf zu schmeißen und die kritisches, antifaschistisches Engagement versucht zu diskreditieren und zu kriminalisieren, machen deutlich, dass dieser Staat kein geeigneter Bündnispartner ist, um gegen Nazis und ihre Ideologie aktiv zu werden.

Aber Antifaschismus ist mehr als nur gegen Nazis!

Antifaschismus heißt für uns aber auch die gesellschaftlichen Verhältnisse kritisch in den Blick zu nehmen, in denen rassistische, antisemitische, sexistische und faschistische Ideologien entstehen. Elemente der faschistischen Ideologie sind auch in breiten Teilen dieser Gesellschaft vorhanden: Nationalismus, Rassismus, Militarismus, Sexismus, Autoritätshörigkeit, Wohlstandschauvinismus, Elitendenken, Antisemitismus – die bürgerliche kapitalistische Gesellschaft – sind das Fundament auf dem die Nazis agieren können.

Mach mit beim Offenen Antifa Treffen!

Im Antifaschistischen Café (Cyriaksring 55)

Solidarität ist eine Waffe! **Rote Hilfe e.V. - Ortsgruppe Braunschweig**

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, die in der BRD aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter*innenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden.

Die Unterstützung für die Einzelnen soll zugleich ein Beitrag zur Stärkung der Bewegung sein. Alle, die sich politisch betätigen, sollen das in dem Bewusstsein tun können, dass sie auch hinterher, wenn sie Strafverfahren bekommen, nicht alleine dastehen. Es ist der wichtigste Zweck der staatlichen Verfolgung, diejenigen, die gemeinsam auf die Straße gegangen sind, durch Herausgreifen Einzelner voneinander zu isolieren und durch exemplarische Strafen Abschreckung zu bewirken, so stellt die Rote Hilfe dem das Prinzip der Solidarität entgegen und ermutigt damit zum weiterkämpfen.



Wir bieten an, gemeinsam mit den Angeklagten den Prozess vorzubereiten. Wir helfen bei der Suche nach Anwäl*innen und bei der Öffentlichkeitsarbeit. Wir sorgen durch Solidaritätsveranstaltungen, Spendensammlungen und Zuschüsse aus den Beitragsgeldern dafür, dass die finanziellen Belastungen von vielen gemeinsam getragen werden.

Spätestens wenn ihr eine Vorladung oder einen Strafbefehl bekommt, solltet ihr schnell Kontakt zur Roten Hilfe aufnehmen. In einem gemeinsamen Gespräch werden wir die Situation besprechen, falls notwendig wird der Kontakt zu Rechtsanwält*innen hergestellt. Gemeinsam machen wir uns Gedanken über die Prozessführung und die Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit.

Rechtshilfeberatung der Roten Hilfe:
Jeden 3. Freitag im Monat um 20 Uhr
im Antifaschistischen Café

Mail: braunschweig@rote-hilfe.de
PGP-Key auf Anfrage



Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr - Offenes Antifa Treffen
Jeden 1. Freitag im Monat um 20 Uhr Veranstaltung im Antifaschistischen Café
Jeden 3. Freitag im Monat um 20 Uhr Essen für 2€ und Rechtshilfeberatung
Jeden Freitag ab 20 Uhr ist das Antifaschistische Café geöffnet
Cyriaksring 55 - 38118 Braunschweig www.antifacafe.de.vu